

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit
und Tourismus vom 10. März 2022
– Drucksache 17/2102**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems
(Chip-Gesetz)
COM(2022) 46 final (BR 59/22)**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus vom
10. März 2022 – Drucksache 17/2102 – Kenntnis zu nehmen.

23.3.2022

Der Berichterstatter: Die stellvertretende Vorsitzende:

Emil Sänze Andrea Bogner-Unden

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, Drucksache 17/2102, in seiner 9. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 23. März 2022.

Abg. Tobias Vogt CDU brachte vor, in den letzten Wochen sei häufig zu lesen gewesen, dass es im Bereich der Halbleiter zu Engpässen komme. Daher sei der vorliegende Verordnungsvorschlag, der die Erhöhung der Resilienz in der Chip- und Halbleiterproduktion durch europäische Initiativen und europäische Produktionsstätten zum Ziel habe, zu begrüßen.

Die Europäische Union wolle insgesamt 11 Milliarden € für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich investieren. Zusammen mit privaten Investoren sollten dann bis Ende der Dekade insgesamt 43 Milliarden € aufgebracht werden, um die Halbleiterproduktion in der Europäischen Union zu stärken. Ein erstes Projekt sei bereits zu erkennen: So habe der Chipkonzern Intel vor Kurzem bekannt gegeben, 17 Milliarden € in ein Werk in Magdeburg investieren zu wollen. Das sei eine

gewaltige Investition – im Übrigen ganz in der Nähe vom Tesla-Werk, welches seines Erachtens auch in Baden-Württemberg hätte stehen können. Dann wären möglicherweise die 17 Milliarden € von Intel ebenfalls nach Baden-Württemberg gekommen. Das solle an dieser Stelle aber nicht vertieft werden.

Die vorliegende Initiative bündle im Prinzip EU-Länder, Drittländer und den Privatsektor.

Allerdings seien die vorgesehenen 11 Milliarden € bzw. – zusammen mit den privaten Geldern – 43 Milliarden € verglichen mit den Mitteln anderer großer Player und Märkte wie z. B. Asien recht wenig. TSMC aus Taiwan investiere allein bis Ende dieses Jahres 100 Milliarden € in diesen Bereich. Das mache deutlich, dass der Staat und auch die Europäische Union es niemals kompensieren könnten, wenn keine Investitionen aus der privaten Wirtschaft getätigt würden. Da müsse kritisch hinterfragt werden, ob es ausreiche, wie in Europa die Rahmenbedingungen für diese Branche gestaltet würden.

Abg. Katrin Steinhilb-Joos SPD bemerkte, die Unabhängigkeit der EU von ausländischen Chipherstellern sei ein wichtiges Anliegen. Das betreffe sehr viele Branchen und Sparten, so beispielsweise die Automobilindustrie, Smartphones, IoT-Geräte, Haushaltsgeräte, hochtechnische Industriewerkzeuge, Mobilfunk und 5G. Daher sei es sehr zu begrüßen, dass sich Europa hier frei mache und breiter aufstelle.

Abg. Felix Herkens GRÜNE äußerte, der Vorschlag der EU habe eine ganz erhebliche Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Es sei allgemein bekannt, wie sich die Chipknappheit auf die baden-württembergische Wirtschaft ausgewirkt habe und immer noch auswirke. Das Ganze sei noch nicht wirklich ausgestanden. Daher sei es zu begrüßen, dass die Resilienz der Lieferketten im Chip- und Halbleiterbereich gestärkt werden solle. Seines Erachtens sei das ein überfälliger Schritt in die richtige Richtung, um im Halbleiterbereich unabhängiger vom Ausland zu werden. Die Fraktion GRÜNE begrüße das sehr.

Abg. Alena Trauschel FDP/DVP zeigte auf, grundsätzlich sei das Vorhaben der EU eine gute Sache. Sie frage sich jedoch, ob die Europäische Union die Aufholjagd tatsächlich schaffen werde. Das bezweifelten auch viele Kritiker. Allein was die Mittel der Förderprogramme betreffe, so sei festzustellen, dass selbst Südkorea da schon weiter sei als die Europäische Union, was angesichts der Größe Südkoreas nicht selbstverständlich sei. Die Resilienz der europäischen Technologien und Infrastruktur müsse gestärkt werden. Das werde allerdings nicht nur durch finanzielle Mittel gelingen.

Abg. Emil Sänze AfD unterstrich, beim Lesen der Mitteilung stelle sich ihm die Frage, ob aus der Vergangenheit nichts gelernt worden sei. Unweit von Stuttgart habe es einmal eine große Halbleiterindustrie gegeben, die mit der Ankündigung, dass dort eine Müllverbrennungsanlage gebaut werden solle, systematisch vertrieben worden sei. Das habe IBM zum Anlass genommen, nach Ostdeutschland zu ziehen, wo jetzt neue Industrien angesiedelt würden. So investiere z. B. Intel beträchtliche Summen in Sachsen-Anhalt. Auch in der Nähe von Wien werde übrigens ein Halbleiterwerk gebaut.

In der Tat gebe es heute nahezu kein Haushaltsgerät mehr ohne Chip. So mache sich der Chipnotstand gerade auch in der Belieferung mit Waren und Dienstleistungen bemerkbar.

Daher sollte die Stärkung der europäischen Chip-Industrie noch mehr in den Blick genommen werden, wobei aber darauf geachtet werden müsse, dass die Wertschöpfung und die Gewinne in Europa blieben und nicht internationalisiert würden. Auch bezweifle er, ob 43 Milliarden € hier ausreichten. Doch sterbe die Hoffnung zuletzt.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/2102 Kenntnis zu nehmen.

31.3.2022

Sänze